

From: [REDACTED]@unwomen.de>
Sent: mercredi 18 novembre 2020 16:19
To: EC PRESIDENT VDL
Subject: Forderungen der Zivilgesellschaft an die Politik: Planet 50:50
Attachments: ForderungenderZivilgesellschaft.pdf

Follow Up Flag: Follow up
Flag Status: Flagged

Madame President European Commission, sehr geehrte Frau von der Leyen,

am 15. Oktober 2020 kamen mehr als 2600 Personen aus 17 Ländern in der Internationalen Online-Konferenz „Planet 50:50 – Europas Beitrag zu den SDG's“ zu Diskussionen zum Stand der europäischen Gleichstellungspolitik zusammen. Die Konferenz wurde von UN Women Deutschland in Kooperation mit dem European Institute for Gender Equality (EIGE) ausgerichtet, unterstützt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Sie fand im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft statt.

Es gelang, einen generationsübergreifenden und intersektionalen Dialog anzuregen mit Vertreter*innen von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen sowie der Wissenschaft zu Strategien und notwendigen Veränderungen in der europäischen Gleichstellungspolitik. In Workshops wurden konkrete Forderungen an die Politik formuliert, die sich insbesondere an die EU-Kommission, die deutsche Bundesregierung sowie das Europaparlament und den Deutschen Bundestag richten. UN Women wird sie ebenfalls erhalten.

Wir, Vertreter*innen der europäischen Zivilgesellschaft fordern Sie, die politisch Verantwortlichen auf, die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen voranzubringen und bis zum Jahr 2030 vollständig zu realisieren.

Hierbei kommen den folgenden Maßnahmen besondere Bedeutung zu:

1. **Beseitigung struktureller Benachteiligungen, Veränderung von Rollenbildern, Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Erwerbs-Sorgemodell und die Aufwertung sog. systemrelevanten Berufe.** Dazu gehören u.a. Änderungen im Steuer- und Sozialrecht (Ehegattensplitting, Mini-Job Regelung), Arbeitszeitmodelle zur Verwirklichung des Erwerbs-Sorgemodells, bessere Bezahlung im Gesundheitssektor, Einzelhandel, und bei den Sozialen Dienstleistungen, sowie die Förderung der fürsorgenden Männlichkeit.
2. **Gesetzliche Regelungen zur Durchsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.** Dazu gehören u.a. die Verabschiedung der EU-Transparenz Richtlinie aber auch gesetzliche Regelungen zur Herstellung von Entgeltgleichheit sowie die Aufwertung der sog. Frauenberufe.
3. **Umfassende ressortübergreifende Gleichstellungsstrategien auf allen Ebenen.** Gleichstellungspolitik muss Querschnittsaufgabe werden. Hierfür müssen alle Ressorts auf EU-, Bundes- und Länderebene die Gleichstellung von Frauen und Männern in ihrem Politikbereich voranbringen.

4. **Gleichstellungsscheck für alle gesetzlichen Maßnahmen und für alle öffentlichen Ausgaben.** Alle Maßnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand müssen sich positiv auf die Gleichstellung von Frauen und Männern auswirken. Insbesondere die Corona-Wiederaufbaupläne müssen geschlechtergerecht ausgestaltet werden.
5. **Verpflichtendes Gender Budgeting und Gender Reporting.** Geschlechtergerechte Haushaltspolitik und die ständige Überprüfung der Maßnahmen und des Standes der Gleichstellung sind Voraussetzung um die SDG's bis 2030 zu verwirklichen.
6. **Gesetzliche geschlechtergerechte Regulierung von Unternehmen zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht entlang ihrer Lieferketten.** Das Lieferkettengesetz muss auch die Einhaltung von Frauenrechten zum Maßstab machen.
7. **Paritätisch besetzte Entscheidungsgremien und Führungspositionen.** In allen gesellschaftlichen Bereichen, wie Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, dem öffentlichen Sektor, Kultur, Wohlfahrtsverbänden, Körperschaften des öffentlichen Rechts usw. sind Frauen hoffnungslos unterrepräsentiert. Die Verabschiedung der EU women on boards Richtlinie und die Erweiterung des Führungspositionengesetzes in Deutschland müssen endlich verabschiedet werden. Das Ziel Parität muss zügig umgesetzt werden.
8. **Parität in den Parlamenten.** Mit Paritätsgesetzen muss sichergestellt werden, dass die Hälfte der Bevölkerung auch zur Hälfte in den Parlamenten vertreten ist.
9. **Ächtung von Gewalt an Frauen, Bekämpfung von Alltagssexismus, Rollenstereotype überwinden.** Gewalt an Frauen ist kein Kavaliersdelikt und muss von allen geächtet und bekämpft werden. Dazu gehört auch die Bekämpfung von Alltagssexismus und die Überwindung von Rollenstereotypen. Dies gilt auch für den digitalen Bereich.
10. **Istanbul Konvention bekannter machen und in Jurist*innenaus- und Fortbildung implementieren.** Die Istanbul Konvention muss von allem EU Mitgliedsstaaten und der EU ratifiziert und angewandt werden. Mit der Ratifizierung ist die Istanbul Konvention unmittelbar geltendes Recht. Die Regelungen müssen sowohl in der Öffentlichkeit, bei allen politisch Handelnden und in der Jurist*innenaus- und Fortbildung bekannt gemacht werden, damit sie auch angewandt werden können.
11. **Adäquate Finanzierung der Istanbul Konvention.** Die mit der Ratifizierung der Istanbul Konvention verbundenen Verpflichtungen müssen adäquat finanziert werden. Das gilt insbesondere für die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Hilfesystems sowie das Monitoring.

Ein pdf zum Download finden Sie auf unserer [Website](#).

Mit freundlichen Grüßen





[REDACTED]
UN Women Nationales Komitee Deutschland e.V.
UN Women Germany

[REDACTED]
Büro / office
Wittelsbacherring 9, D-53115 Bonn, Tel: 0228 4549340
Anklamerstrasse 38, D-10115 Berlin, Tel: 030 30346201
info@unwomen.de
www.unwomen.de